

Fahrplan für mehr **Akzeptanz** der Energiepolitik

erstellt anlässlich der Einladung von Bundeswirtschaftsminister
Peter Altmaier zum „Wind-Gipfel“ am 5.9.2019 in Berlin

VERNUNFTKRAFT.
Bundesinitiative für vernünftige Energiepolitik

Reicht der Vernunft die Hand!



Bei der "**Energiewende**" kommen Mensch und Natur zu kurz.
Fünf Forderungen liegen auf der Hand.

>> www.vernunftkraft.de

Akzeptanz genießt die Windkraft nur noch dort, wo das Wissen um ihre Auswirkungen fehlt.

Im Folgenden skizzieren wir die Ursachen des Akzeptanzverlustes und zeigen auf, welche Maßnahmen geeignet wären, diesem entgegenzuwirken. Die bezüglich **VERANTWORTUNG, NATURSCHUTZ, GESUNDHEIT, FAIRNESS** und **SERIOSITÄT** ausgemachten Defizite sind allesamt zu beheben. Absolut vordringlich sind Gesundheit und Naturschutz. Die Quintessenz vorab:

Die Windenergie genießt **keine Akzeptanz mehr, weil**

- immer mehr Menschen verstehen, dass der Windkraftausbau Schaden anrichtet, aber den versprochenen Nutzen nicht bringt,
- 30.000 Anlagen, die so dicht gedrängt wie nirgends auf der Welt stehen, gerade einmal 2,8 Prozent zu unserer Energieversorgung beitragen,
- diese Anlagen für den versprochenen Klimaschutz bedeutungslos sind,
- die Allgemeinheit für „Schrottstrom“ bezahlt, der geschenkt noch zu teuer ist und deswegen im Ausland entsorgt werden muss,
- der Windstrom die Netzstabilität zunehmend gefährdet und die Warnungen des Bundesamtes für Katastrophenschutz (Blackout) zeigen, dass es so nicht weitergehen darf.

Wer bei dieser Faktenlage vorschlägt, die Produktionskapazitäten zu erhöhen, darf sich nicht wundern, dass es dafür keine Akzeptanz gibt!

Als Dachorganisation und in Vertretung für knapp 1000 windkraftkritische Bürgerinitiativen danken wir Herrn Bundesminister Altmaier dafür, dass er das Problem erkannt und uns zum Gespräch eingeladen hat.

Zuvorderst stellen wir fest:

- **Die Menschen brauchen mehr Abstand!**
- **Der Wald muss Tabu werden!**
- **Der Naturschutz darf nicht reduziert werden!**
- **Effizienz und Effektivität müssen wissenschaftlich belegt werden.**

Grundsätzlich gilt:

Wer die Akzeptanz der Energiepolitik sichern will, muss die Schäden eindämmen und den Nutzen steigern. Dazu haben wir Lösungsansätze entwickelt.

VERANTWORTUNG

Die Windbranche muss dieselbe Verantwortung tragen, die auch andere Branchen wahrnehmen.

Es gibt keine Akzeptanz mehr, weil

- die Windbranche immer stärker als im rechtsfreien Raum operierend wahrgenommen wird,
- die Rückbau-Problematik verschleiert wird,
- Entsorgungsprobleme, insbesondere bei CFK, nicht gelöst sind,
- keine TÜV-Prüfungen stattfinden,
- Windstrom-Produzenten keine Verantwortung für die Versorgungssicherheit tragen, d. h. die Netzstabilität gefährden.

Unsere Forderung/ unser Lösungsvorschlag

- Rückbaukosten sind seriös zu berechnen und als Bankbürgschaften zu hinterlegen. Der Bundesverband Windenergie möge aufhören, bzgl. der Rückbaupflichten falsche Informationen zu verbreiten. Unser Rechtsgutachten sorgt hier für Klarheit.
- Regelmäßige, dem Gefahrenpotential angemessene, TÜV-Prüfungen von WKA sind verpflichtend zu machen.
- Windstrom-Produzenten müssen zur Eindämmung der durch sie verursachten Gefährdungen der Netzstabilität beitragen. Denkbar ist eine Pönale („Redispatching-Zuschlag“), die von allen WKA-Betreibern zu zahlen ist. Bspw. könnten 50 Prozent aller Redispatch-Kosten eines Jahres im Folgejahr auf alle Anlagen umgelegt werden. Mindestens müssen WKA-Betreiber verpflichtet werden, heute schon verfügbare Speicher zu betreiben, um einen (kleinen) Teil ihrer Verantwortung für die Netzstabilität zu tragen.
- Als Sofortmaßnahme ist die Vergütung für nicht-produzierten Strom restlos zu streichen (= Ende des „Phantomstroms“).

Hintergrund

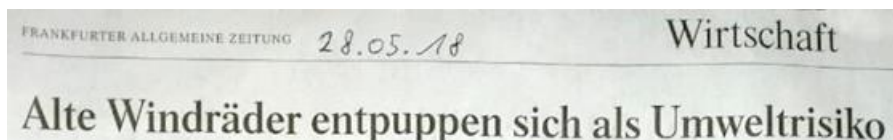
Im Mai 2018 widmeten sich die WELT und die FAZ den Entsorgungsproblemen und der Rückbauproblematik von Windkraftanlagen (WKA).

WIRTSCHAFT TÜV-EXPERTE

WELT

Windkraftanlagen werden zu „tickenden Zeitbomben“

Stand: 27.05.2018 | Lesedauer: 3 Minuten



Auf die im März 2017 gestellte Frage des Magazins Capital hat die Windbranche bis heute keine klare Antwort:

INTERVIEW 01. Mär 2017, Jenny von Zepelin und Monika Dunkel

WOHIN MIT DEM WINDRADMÜLL?

Remondis ist einer der größten Abfallentsorger der Welt und einer der verschlossensten Konzerne des Landes. Nur der „Außenminister“ Herwart Wilms darf reden – und er warnt, dass die Energiewende einen gewaltigen Müllberg produziert

Während Glasfaser-Windflügel wenigstens noch verbrannt werden können, weigern sich die (öffentlichen) Müllverbrennungsanlagen oder namhafte Recycler wie Fa. REMONDIS aus gutem Grund, die in Kohlefasern enthaltenden Windflügel zu recyceln, weil die Fasern elektrisch leitend sind und deshalb die elektrostatischen Filter verstopfen bzw. abbrennen lassen. Fa. REMONDIS: *„Wir steigen bei der einen Technologie aus, u.a. weil wir nicht wissen, was wir mit dem Atommüll machen sollen, und bei der neuen (Wind-) Technologie steigen wir ein, bei der wir auch nicht wissen, wie wir mit dem Abfall klarkommen“* (sollen). Nur auf der Homepage von Fa HOLZIM (ein Zementhersteller) wird erwähnt, dass neben Glasfasern nunmehr auch Kohlefasern bei der Zementherstellung verbrannt werden könn(t)en. Ob diese Möglichkeit tatsächlich technisch ausreicht, um die anfallenden Mengen ohne Staubreste zu verbrennen, bleibt offen, da das Filterproblem das alte bleibt.

Ein weiteres Altlast-Problem stellen die Fundamente von WKA dar. Laut Gesetz sind diese nach der Nutzung vollständig und rückstandlos zu beseitigen, wie unser aus gegebenem Anlass erstelltes Rechtsgutachten darlegt. Entgegen der Rechtslage erweckt der BWE in einer älteren Auflage des Werkes "Windenergie von A-Z" den Eindruck, dass Fundamente lediglich ansatzweise aus dem Boden zu entfernen sind. So wird eine verantwortungslose Praxis (zu geringe Rückstellungen) befördert.

Windkraft-Betreiber nehmen keinerlei Verantwortung für die Versorgungssicherheit. Die Einspeisung aus WKA schwankt fast doppelt so stark wie die Augenzahlen beim Würfeln. Es wird technisch immer schwieriger, diese Schwankungen zu beherrschen. Die Kosten ihres Ausgleichs lagen 2017 und 2018 zwischen 1,1 und 1,3 Mrd. € („Redispatching-Kosten“).

FA.Z. EXKLUSIV VON ANDREAS MIHM, BERLIN - AKTUALISIERT AM 02.07.2019 - 07:33

Chaotische Zustände im deutschen Stromnetz

Im deutschen Elektrizitätsnetz ist es im Juni mehrmals zu schweren Krisen mit europaweiten Folgen gekommen. Die Systemsicherheit war sogar gefährdet.

Bei Starkwind kann der Strom nicht im Land genutzt werden, er wird gegen „Negativpreis“ im Ausland verklappt oder die Anlagen werden gleich abgeschaltet. Von 2011 bis 2018 sind die jährlichen Entsorgungsgebühren von 2,4 auf 58 Mio. € angestiegen. Per EEG ist dieser Strom aber in 2018 mit 410 Mio. € vergütet worden. In 2018 wurde in 133h Strom zu Negativpreisen entsorgt, das sind mehr als 5 Tage! Die Kosten zu Lasten der Verbraucher allein für diese Position belief sich in 2018 auf 460 Mio. €. Den August eingeschlossen liegen die Stunden mit Negativpreisen in 2019 bereits bei 175 h, also über 7 Tagen. Die Gesamtkosten zu Lasten der Verbraucher liegen bereits jetzt über 580 Mio. €.

NATURSCHUTZ

Vermeintlicher Klimaschutz wird mit tatsächlicher Naturzerstörung bezahlt.

Es gibt keine Akzeptanz mehr, weil

- die Zerstörung von Wald zwecks Ansiedlung von Windindustrie unter dem Deckmantel des „Klimaschutzes“ als zynisch erkannt wird,
- pro Anlage (inklusive Zuwegungen) ca. 1,5 ha Wald versiegelt werden,
- die modernen Anlagen je 7.000t Fremdmaterial in den Wald einbringen, die nach 20 Jahren wieder energieintensiv entfernt werden müssen,
- der Wald zerschnitten wird und sein Innenklima verliert, das für die Trinkwasserneubildung ausschlaggebend ist,
- ganzen Vogelarten die Ausrottung droht,
- Fledermäuse jährlich zu Hunderttausenden zu Tode kommen.
- der bisherige Ausbau desaströse Folgen für die Natur und Landschaft hatte und ein weiterer Ausbau im Widerspruch zur Internationalen und Nationalen Biodiversitätsstrategie steht,
- die Aufweichung des Tötungsverbots im Bundesnaturschutzgesetz ein Sakrileg war, das vielen Menschen die systemimmanente Zerstörungskraft der Windenergie vor Augen führte,
- ökologische Folgewirkungen kaum wissenschaftlich geprüft werden,
- Menschen zunehmend erkennen, dass Windkraft und Naturschutz nicht vereinbar sind, wenn Landschaften und Naturparks, die über Jahrzehnte bis Jahrhunderte geschützt waren, plötzlich zur Disposition für Windkraft stehen.

Unsere Forderung/ unser Lösungsvorschlag für mehr Akzeptanz

- Jede Art von Wald – staatlich wie privat - muss Tabuzone werden.
- Schutzgebiete, dazu zählen auch die Hotspots der biologischen Vielfalt, dürfen nicht angetastet werden.
- Natur- und Artenschutz dürfen unter keinen Umständen weiter aufgeweicht werden.

Hintergrund

„Alternative Energiegewinnung ist unsinnig, wenn sie genau das zerstört, was sie eigentlich bewahren will: Die Natur“

Reinhold Messner.

Die geringe Energiedichte der Windkraft bedingt enormen Flächenverbrauch. Die Windkraftanlagen (WKA) dringen immer stärker in ökologisch wertvolle Gebiete und Lebensräume vor und schaden Flora und Fauna erheblich:

Jährlich 100.000 erschlagene Vögel verzeichnet das Michael-Otto-Institut. Die Dunkelziffer ist um ein Vielfaches höher, einige Greifvogelarten sind durch die Windkraftplanungen vom Aussterben bedroht (PROGRESS-Studie). Das Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung geht von 250.000 getöteten Fledermäusen pro Jahr aus. Fledermäuse sind bereits auf Populationsebene gefährdet. Luftdruckunterschiede vor und hinter den WKA führen zum Zerreißen der Lungen. WKA im Wald bedingen zusätzliche Lebensraumverluste durch die Veränderung wichtiger Jagdhabitats oder durch den Schwund wertvoller Quartiersbäume.

Windkraft im Wald ist ein ökologischer Frevel, den nur hartgesottene Ideologen leugnen können. Dementsprechend lehnen 80 % der Bundesbürger Windkraft im Wald grundsätzlich ab [repräs. Umfrage der dt. Wildtierstiftung, die CDU in Thüringen und Brandenburg trug dem im Wahlprogramm Rechnung]. Dennoch geht der Frevel voran. Pro Anlage werden rund 1,5 ha Wald versiegelt und 7.000 t Fremdmaterial in den Wald gebracht. Der Wald wird zerschnitten, und verliert seine Filterfunktion – Wasserknappheit droht und die Feinstaubbindung wird reduziert. Nicht nur im Hinblick auf den Klimawandel ist das fatal!

Diese offensichtlichen Naturschädigungen werden kleingeredet oder in Abrede gestellt. Weniger offensichtliche werden gar nicht erst untersucht:

Die Auswirkungen auf Insektenpopulationen sind potentiell verheerend. Die Energieentnahme aus der Atmosphäre dürfte die Trockenheit der Böden erhöhen und das Mikroklima negativ beeinflussen – hier gibt es reichlich Forschungsbedarf.

Diese reale Naturzerstörung wird seitens der Windkraftindustrie mit vorgeblichem „Klimaschutz“ gerechtfertigt. Die Lobby versteigt sich gar zur Gleichung „Windkraft ist Klimaschutz ist Artenschutz“, die an Absurdität und Zynismus kaum zu überbieten ist. Es wird suggeriert, Wald und hiesige Arten seien wegen des Klimawandels „totgeweiht“ und ihr Schicksal sei nur durch den WKA-Ausbau abwendbar.

Erwiesenermaßen tragen die hierzulande aufgebauten WKA allenfalls symbolisch zum Klimaschutz bei, eine faktische Wirkung auf das Klima ist arithmetisch, theoretisch und praktisch ausgeschlossen!

Im Jahr 2016 war Deutschland für 2,3 % der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich, die Europäische Union (EU) für 10,5 %. (...) Selbst wenn es gelänge, die Emissionen Deutschlands und der EU auf null zu senken, könnte dies somit global nur einen kleinen Beitrag leisten und den Klimawandel nicht aufhalten.

[Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2019]

Faktisch bringen die hiesigen Anlagen bei systemischer Betrachtung überhaupt keine CO₂-Einsparung, tragen also nicht einmal symbolisch zum Klimaschutz bei.

Den krassen ökologischen Schäden steht Null ökologischer Nutzen gegenüber. Vor diesem Hintergrund ist jedwede weitere Aushöhlung des Naturschutzes unbedingt abzuweisen! Gerade im Hinblick auf den Klimawandel ist der Wald zur absoluten Tabuzone zu erklären - er ist größter CO₂-Speicher und liefert unverzichtbare ökologische Funktionen.

GESUNDHEIT

Anstand verlangt Abstand!

Es gibt keine Akzeptanz mehr, weil

- Windkraftanlagen oft viel zu dicht an der Wohnbebauung stehen und viele Menschen bereits unter den existierenden 30.000 Anlagen gesundheitlich leiden,
- immer mehr Menschen wissen, dass sie durch die bestehenden Vorschriften vor den Risiken der Schallemissionen bislang unzureichend geschützt sind,
- die Menschen nicht bereit sind, als Versuchskaninchen im Feldversuch herzuhalten,
- die einschlägigen Vorschriften der TA-Lärm etc. veraltet sind und den Risiken nicht gerecht werden
- der Eindruck entsteht, dass die Politik die wirtschaftlichen Interessen einer Branche über den von der Verfassung gebotenen Schutz der Gesundheit stellt und somit das Vorsorgeprinzip nicht adäquat berücksichtigt.

Unsere Forderung/ unser Lösungsvorschlag für mehr Akzeptanz

- Solange differenzierte Schutzmaßstäbe nicht verfügbar sind, müssen Windkraftanlagen – als allererste Annäherung (!) an das gesundheitlich Gebotene – den mindestens zehnfachen Abstand der Gesamthöhe zu jeglicher Wohnbebauung haben (10H-Regel).
- Die TA Lärm ist auf den aktuellen technischen Stand zu bringen. Die Norm DIN 45680 muss auf den kritischen Infraschallbereich bis 0,1 Hz ausgeweitet werden. Das charakteristische Frequenzmuster der Windkraftanlagen ist korrekt zu erfassen.
- Vorhandene nationale und internationale Erkenntnisse zur Wirkung von Infraschall müssen zeitnah in gesetzliche Regelungen einfließen. Das erkannte Forschungsdefizit zu Wirkungen des Infraschalls muss durch staatlich finanzierte, ergebnisoffene und branchenunabhängige Forschung geschlossen werden.
- Für die Gebiete, in denen Menschen nach den so gewonnen Erkenntnissen gesundheitlicher Gefährdung ausgesetzt sind, ist ein Rückbauplan zu erstellen.

Hintergrund

Windkraftanlagen machen die Anwohner krank.

Die Menschen berichten von Schlaflosigkeit, Schwindel, Beklemmungsgefühl und Übelkeit, sobald große Windkraftanlagen (WKA) in ihrem Wohnumfeld den Betrieb aufnehmen. Später kommen Gereiztheit, Konzentrationsschwäche, Tinnitus und eine Fülle weiterer organischer Symptome dazu (vergl. AEFIS, DSGS e. V.).

Zahlreiche nationale und internationale Untersuchungen finden einen Zusammenhang zwischen den Symptomen und dem Betrieb der WKA (z. B. Paller, 2014, Cooper, 2014).

Wie kann das sein, da doch die Grenzwerte nach TA Lärm eingehalten werden?

Der von WKA emittierte Schall verschiebt sich mit zunehmender Anlagenhöhe und Rotordurchmesser in den tieffrequenten und Infraschallbereich (zunehmend unhörbar).

Unhörbar bedeutet nicht, dass der Schall nicht da ist. Sondern die Energie des unhörbaren Schalls wirkt auf den Körper ein.

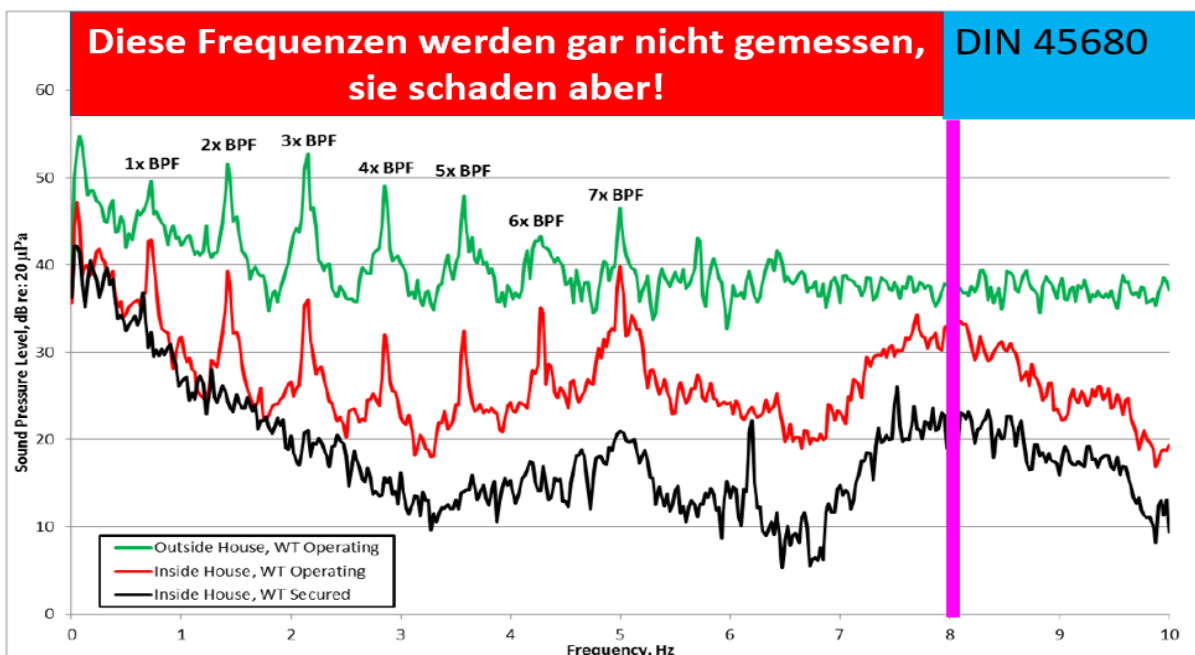
Medizinische Grundlagenforschung belegt dies (z. B. Salt, 2011, Weichenberger et al., 2017).

Das Umweltbundesamt stellt seit Jahren (z. B. 2014, 2017) fest, dass das Schutzniveau der TA Lärm hinsichtlich der Wirkung des tieffrequenten und Infraschalls nicht ausreicht und fordert vertiefte Forschung.

Die TA Lärm stellt derzeit kein ausreichendes Schutzniveau sicher.

Die TA Lärm arbeitet mit A-gewichteten Schallpegeln. Das bedeutet, dass die tiefen Frequenzen und der unhörbare Infraschallbereich gar nicht erfasst werden.

WKA erzeugen diskrete Frequenzen im Schallsignal zwischen 0,5 und 6 Hertz. Dazu kommen Frequenzen bei 0,1 bis 0,5 Hertz durch die Resonanzfrequenzen des Mastes.



Quelle: Infrasound Measurements of Falmouth Wind Turbines, Michael Bahtiaran, INCE Bd. Cert. Allan Beaudry, 2015

Abb.: Nach geltender Mess- und Bewertungsnorm nicht erfasster Schall von Windkraftanlagen

Die derzeitige DIN 45680 umfasst gem. Abs. 3.1 nur die Terzbänder mit den Mittenfrequenzen 8 Hz bis 80 Hz. Die tieferen Frequenzen (vergl. Abb.) werden nicht erfasst.

Fazit: Die nicht erfassten tiefen Frequenzen schaden. Dem muss die Politik durch Vorsorge Rechnung tragen!

FAIRNESS

Gleiches Recht für alle!

Es gibt keine Akzeptanz mehr, weil

- die Sonderrechte, die die Windkraftindustrie bezüglich des Bauens im Außenbereich genießt, schon lange nicht mehr zeitgemäß sind,
- die Arroganz mancher Investoren gegen demokratisch gefasste Beschlüsse der Räte oder gegenüber Ängsten und Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung verbrannte Erde hinterlässt,
- die Bürger eine Scheinbeteiligung sowie Angstplanungen der Kommunen bei der Ausweisung neuer Windkonzentrationszonen erleben,
- „Bürgerbeteiligungsmodelle“ als Köder erkannt werden, die die Dorfgemeinschaft spalten und den dörflichen Frieden zerstören,
- Viele „Dialogformate“ de facto Werbeveranstaltungen für die Windbranche und unausgewogen besetzt sind, sodass kritische Bürger - wenn sie nicht a priori ausgeschlossen werden – sich gegenüber geschulten Verkaufs-profis des BWE behaupten müssen,
- die Bürger mit staatlich subventionierten Informationen zweifelhafter Qualität versorgt werden, und das Gefühl gewinnen, als Stromkunden für ihre eigene „Indoktrination“ zu bezahlen,

Unsere Forderung/ unser Lösungsvorschlag für mehr Akzeptanz

- Die baurechtliche Privilegierung der Windkraft (§ 35 BauG) ist aufzuheben.
- Bei von Bund- und Ländern finanzierten „Bürgerdialogen“ sind kritische Bürger auf Augenhöhe – d. h. durch ihre Bürgerinitiativen/ Interessenverbände – zu beteiligen.
- Versuche, die berechtigten Bedenken von Bürgern gegenüber WKA-Projekten mittels „finanzieller Beteiligung“ und anderweitiger „Vergünstigungen“ zu zerstreuen, sind zu unterlassen.
- Während die Windbranche über umfangreiche Lobbystrukturen verfügt und die Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) seit Jahren Steuerzuschüsse zur „Information über Vorteile der Erneuerbaren Energien“ erhält, müssen Bürger(iniativen) relevante Informationen auf eigene Zeit und Kosten suchen, wenn sie ein ausgewogenes Bild der Vor- und Nachteile verschiedener Windkraftvorhaben zeichnen und publizieren wollen. Im Sinne der Fairness ist der Bundesinitiative Vernunftkraft e.V. und ihren Landesverbänden daher ein in Summe ähnlich hoher Zuschuss zu gewähren, wie er der AEE zuteil wurde.

Hintergrund

Es gab bisher keine wirkliche Fairness beim Ausbau der WEA und keine echten Bemühungen um Akzeptanz. Eher das Gegenteil war bisher der Fall: Die betroffenen Bürger unseres Landes erlebten eine Scheinbeteiligung in den – durch die Privilegierung bedingte - Angstplanungen der Kommunen bei der Ausweisung neuer Windkonzentrationszonen. Abertausende ungehörte Eingaben der Bürger machten „Bürgerbeteiligungen“ zu einer Farce. Ängste um Verluste ihrer Gesundheit oder bezüglich drastischer Veränderung ihres Lebensumfelds hatten sich dem Primat des Windenergieausbaus unterzuordnen. Die Menschen in unseren Regionen erlebten, wie die einen oder anderen Windkraftprofiteure in ihrer maßlosen Selbstgefälligkeit von Beginn an juristische Drohgebärden auflegten, um ihre Forderungen durchzubringen. Schwammige Formulierungen wie der „substantielle Raum“ erfreuen allenfalls Juristen und sind ein Freibrief für Investoren. Die von den kleinen Landgemeinden in ihrer scheinbaren Planungshoheit für hunderttausende Euro (Steuergelder) erstellten und demokratisch beschlossenen Flächennutzungspläne wurden reihenweise beklagt und scheiterten, manchmal sogar schon mehrfach nacheinander. Die oft gehörte Androhung von Schadensersatzforderungen gegenüber Ratsmitgliedern tat ein Übriges und führte zur teilweisen Ohnmacht mancher Politiker vor Ort. Die Arroganz mancher Investoren gegen die demokratisch gefassten Beschlüsse der Räte oder gegen die Ängste und Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung hinterließ verbrannte Erde. Dieses alles macht wütend, aber frustriert auch.

Potentiell verstärkend auf Frust und Wut wirken Versuche, die Bürger mit finanziellen Beteiligungen zu „besänftigen“. Derartige Beteiligungsmodelle werden meist als unmoralisch und würdelos wahrgenommen – im Kern werden sie als Bestechungsversuche erkannt: Um die mangelnde gesamtgesellschaftliche Sinnhaftigkeit und die Schadwirkung der WEA-Projekte wissende Bürger geben ihre berechtigten Bedenken nicht für „ein Linsengericht“ auf.

Mangelnde Fairness kennzeichnet regelmäßig auch die Informations- und Dialogformate von Landesregierungen. Hier werden mit Steuermitteln finanzierte Agenturen und „Mediatoren“ durch die Dörfer und Städte geschickt, um den Bürgern die vermeintlichen Vorteile und Notwendigkeiten des Windenergieausbaus nahezubringen. Aus unserer Erfahrung waren die Referenten dabei regelmäßig nicht in der Lage, einfache technische Zusammenhänge korrekt darzustellen. Die Darstellungen sind meist einseitig ausgerichtet und schüren oftmals Ängste. Es geht allzu oft um „Bekehren“, „Verkaufen“ und „ins Boot holen“. Über den Kurs des Bootes und die Tatsache, dass dieses zu kentern droht, wird nie diskutiert. Im Gegenteil: Die Hessen Agentur verweigerte mehrmals den Diskurs mit kritischen Bürgerinitiativen – ein ergebnisoffener Austausch ist nicht gewünscht. Auch auf Bundesebene wird eine objektive Darstellung von und Information über Vor- und Nachteile sowie technische Restriktionen und Chancen bestimmter Energieträger durch unfaire Parteinahme erschwert: Die Information über die „Vorteile Erneuerbarer Energien“ wird bspw. in Form der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) subventioniert. Über die Qualität der durch die AEE verbreiteten Information lässt sich streiten – ausgewogen sind sie mit Sicherheit nicht. Der AEE zufolge hat Deutschland „unendlich viel Energie“ und die Menschen geraten beim Anblick von WKA regelrecht in Verzückung. Wenn dem so wäre, bedürfte es des heutigen Treffens nicht. Im Sinne eines fairen Wettbewerbs der Interessen und einer pluralistischen und somit objektiveren Informationslage wären die Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT und ihre Landesverbände ebenfalls finanziell zu unterstützen.

Die Windenergie genießt seit 1996 ein baurechtliches Privileg, dessen sich kein anderer Industriezweig erfreuen kann. Gemäß §35 BauGB ist es möglich WKA im Außenbereich zu errichten – an Orten, an denen Gastronomen nicht einmal einen Imbissstand betreiben dürfen. Dies ist in höchstem Maße unfair und leistet den o. a. „Angstplanungen“ und den damit verbundenen Frustrationen Vorschub. Stichworte: „substantieller Raum“ und „Verhinderungsplanung“. Die Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und Brandenburgs haben richtig erkannt, dass dieses Privileg mehr als überholt ist und im Oktober 2018 entsprechende Bundesratsinitiativen gestartet. Auch der letzte Parteitag der CDU fasst den Beschluss, dieses Privileg abzuschaffen. Im Sinne der Akzeptanz ist dies umzusetzen.

SERIOSITÄT

Die Energiewende ist das unseriöseste Regierungsprojekt aller Zeiten

Staatsminister a.D. Michael Naumann (SPD)

Es gibt keine Akzeptanz mehr, weil

- die wiederholte Kritik des Bundesrechnungshofes ein vernichtendes Urteil über diese Energiewende spricht, dieses jedoch von der Bundesregierung schlicht ignoriert wird,
- sich mangelnde Seriosität durch alle Ebenen der staatlichen Planung zieht, da
 - dem Ausbau die falsche Vorstellung vom Ausgleich durch Ausbau in der Fläche („Glättungsthese“) zugrunde liegt,
 - die quantitativen Implikationen der Planungen – wie viele tausend Anlagen in welcher Dichte bedingen die proklamierten Ziele - verschwiegen werden,
 - Scheinlösungen propagiert werden (Nord-Süd-Trassen, Sektorkopplung u.a.), die schnell als konstruierte Rechtfertigung für weiteren Ausbau erkannt werden,
 - die Illusion einer „Energiewende“ nur unter Rückgriff Import von Atom- und Kohlestrom erzeugt wird,
 - Winderträge systematisch beschönigt werden.

Unsere Forderung/ unser Lösungsvorschlag für mehr Akzeptanz

- Ausbauziele sind auf eine seriöse Berechnungsgrundlage zu stellen.
- Die quantitativen Implikationen dieser Ziele sind den Bürgern transparent zu vermitteln und die Ziele sind dann zur Abstimmung zu stellen.
- Physikalische Gesetze sind bei der Planung und Umsetzung der Energiestrategie zu beachten.
- Die wiederholte Kritik des Bundesrechnungshofes ist zu berücksichtigen.
- Dem Verfassungsgebot des Art. 20a GG ist Folge zu leisten.

Hintergrund

Unabhängige Experten wie der *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, die *Monopolkommission*, die *Expertenkommission Forschung und Innovation* kritisieren seit Jahren die höchst ineffiziente Förderung der erneuerbaren Energien bzw. die „Energiewende“ insgesamt. In Berichten des Bundesrechnungshofs (Jan. 2017, April 2017, Sept. 2018) kommt die gesamte Wortpalette des Scheiterns zum Ausdruck. Die Kritik der genannten Institutionen betrifft die finanzielle Seite des Desasters, die sich in den europaweit höchsten Strompreisen und einem riesigen Umverteilungsvolumen ausdrückt.

Die mangelnde Seriosität der „Energiewende“ und insbesondere des WKA-Ausbaus sitzt aber noch viel tiefer:

- Die von Lobbyisten verbreitete These einer „räumlichen Glättung der Einspeisung“ dominiert immer noch die Planungen. Dem zufolge muss man nur genügend WKA gleichmäßig verteilen, dann würden die Einspeisungen weniger erratisch. Diese Prämisse wurde längst als mathematisch falsch widerlegt. Selbst ein europaweiter Windkraftausbau in Verbindung mit einem perfekt ausgebauten Stromnetz brächte für das Problem der Flatterhaftigkeit keine Lösung.
- Bei Starkwind kann der Strom nicht im Land genutzt werden, er wird gegen „Negativpreis“ im Ausland verklappt oder die Anlagen werden gleich abgeschaltet. Von 2011 bis 2018 sind die jährlichen Entsorgungsgebühren von 2,4 auf 58 Mio. € angestiegen. Per EEG ist dieser Strom aber in 2018 mit 410 Mio. € vergütet worden. In 2018 wurde in 133 h Strom zu Negativpreisen entsorgt, das sind mehr als 5 Tage! Die Kosten zu Lasten der Verbraucher allein für diese Position beliefen sich in 2018 auf 460 Mio. €. August eingeschlossen liegen die Stunden mit Negativpreisen in 2019 bereits bei 175 h, also bei über 7 Tagen. Die Gesamtkosten der Windkraftanlagen zu Lasten der Verbraucher liegen bereits jetzt schon über 580 Mio. €.
- WKA werden zur Säule der Energiewende erklärt, obwohl die Produktion aus Windstrom regelmäßig zusammenbricht und WKA daher zwingend auf die Vorhaltung von praktisch 100 % regelbarer Ersatzkapazität angewiesen sind.
- Der „Zappelstrom“ aus WKA schwankt fast doppelt so stark wie die Augenzahlen beim Würfeln. Es wird technisch immer schwieriger, diese Schwankungen zu beherrschen. Die Kosten ihres Ausgleichs lagen 2017 und 2018 zwischen 1,1 und 1,3 Mrd. €.
- Die Bedeutung der Windkraft wird semantisch überhöht, indem sie als „wichtigste erneuerbare Quelle“ bezeichnet werden. Faktisch ist sie vernachlässigbar (2,8 % Beitrag zum Primärenergiebedarf).
- Mit dem Ausbau von WKA, PV und Biomasseanlagen wird der Eindruck erweckt, wir kämen dem Atomausstieg und den Energiewende-Zielen näher. Tatsächlich ist der hiesige Ausstieg nur möglich, weil unsere Nachbarländer uns mit Lieferungen aus Kernenergie (F) und Kohle (PL) vor dem Blackout bewahren.
- Für die Defizite der Windenergie werden Scheinlösungen propagiert: Netzausbau kann die wetterbedingte Volatilität nicht heilen und Speichertechnologien sind im benötigten Umfang nicht einmal theoretisch in Sicht.
- Mit Scheinlösungen und völlig unrealistischen Annahmen (bspw. drastische Reduktion des Energiebedarfs) werden der Bevölkerung die Implikationen politischer Planungen verschwiegen. So schlagen ACATECH-Professoren in ihrer Sektorkopplungs-Studie vor, WKA mit einer Nennleistung von 250.000 MW in Deutschland zu installieren. Das entspricht rund 64.000 WKA neuester Bauart mit einer Gesamt-Rotorfläche von 1100 km². Die unbebaute Wald- und Landwirtschaftsfläche liegt bei 290.000 km². Dazu ein Gedankenexperiment: Wir demontieren alle heute vorhandenen 30.000 WKA und ersetzen diese durch 10000 Windparks mit je 6 Anlagen neuester Bauart, diese 6 sollen alle dicht nebeneinander stehen. Dann liegen 80.000 km² der Fläche (28 %) innerhalb eines 1000 m Radius dieser Windparks, und 225.000 km² (78 %) innerhalb eines 2000 m Radius. Alle unbebauten Flächen und alle darin lebenden Menschen wären betroffen. Deutschland würde zur totalen Energielandschaft. Die Menschen auf dem Land können und werden dies niemals akzeptieren.
- Örtliche WKA-Planungen beruhen regelmäßig auf falscher Prognose der Windverhältnisse. So wurden zahllose WKA allein auf der Grundlage von Windgutachten – i.d.R. Computersimulationen - gebaut. Diese Berechnungsmethode ist mit großen Unsicherheiten behaftet. So bewirkt ein Fehler von 10 % bei der gutachterlich berechneten Windgeschwindigkeit einen Fehler von 20 % bei den Energieerträge. Wenn die mittleren Windgeschwindigkeiten zu hoch berechnet wurden, ist ein wirtschaftlicher Betrieb auch bei überhöhten Vergütungen nicht möglich. Ein aktuelles Beispiel für unseriöse „Euphorie-Planung“ ist der neu herausgegebene Windatlas Baden-Württemberg. Bei diesem hat ein Vernunftkraft-Team grobe Fehler gefunden. Die Windhöflichkeit wird flächendeckend und systematisch zu hoch ermittelt.
- Es gibt triftigen Anlass zur Vermutung, dass der derzeitige WKA-Ausbau dem Grundgesetz – Art. 20a – zuwider läuft. Wenn die Staatsziele Nachhaltigkeit und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen tangiert sind, ist die Güterabwägung zwingend für die Rechtmäßigkeit staatlichen Handelns. Dass die Ansiedlung von Windkraftanlagen - insbesondere im Wald - Schäden an der Natur hervorruft, ist offenkundig. Es wird jedoch [fälschlich] unterstellt, dass dies im Vergleich eines dadurch verhinderten anderweitigen Schadens das "kleinere Übel" sei. Hier wäre eine differenzierte Güterabwägung vorzunehmen, die auch Alternativen zur Erfüllung des Staatsziels Nachhaltigkeit überprüft. Eine solche Abwägung bleibt der Gesetzgeber bis heute schuldig.

SCHLUSSBEMERKUNG

Wir haben am 5.9. erklärt, weshalb der Protest besteht. Er wird noch deutlich zunehmen, wenn sich nicht substantiell etwas ändert.

Unsere fundamentalen Punkte:

- **Wir brauchen mehr Abstand!**
- **Der Wald muss Tabu werden!**
- **Der Naturschutz darf nicht reduziert werden!**
- **Die Effektivität und Effizienz der Maßnahmen sind wissenschaftlich zu belegen!**

Die vom Bundesverband Windenergie (BWE) im Vorfeld des Treffens vorgelegten Forderungen sind menschenverachtend und verraten zum anderen den Grundgedanken der „Energiewende“ als Hinwendung zu einer ökologischeren Energieversorgung:

Wo Menschen rücksichtslos Schädigungen ausgesetzt werden und wo Naturschutz aufgeweicht wird, verspielt die Windkraft das letzte bisschen Akzeptanz, das sie bei Unbedarften noch hat.

Wir werden zusammen mit unseren Partnern aus dem Bereich der klageberechtigten Naturschutzverbände entschieden dagegen vorgehen.

Wenn die Branche nicht willens bzw. nicht in der Lage ist, Natur- und Menschenschutz zu gewährleisten sowie Verantwortung wahrzunehmen - sprich: für alle anderen Branchen geltende Regeln einzuhalten -, dann ist sie für dieses Land schlichtweg ungeeignet.

Dann verdient und erhält sie keine Akzeptanz!

Wenn die Energiepolitik Akzeptanz sucht, dann muss sie sich Alternativen zuwenden. Auch dazu haben wir konstruktive Vorschläge.

Gerne stehen unsere Fachleute bereit, um diese mit Ihnen bei Gelegenheit im Detail zu diskutieren. Erste Gedanken dazu finden Sie auf den beiden folgenden Seiten.

AKZEPTANZFÄHIGE ALTERNATIVEN: Forschung / Wettbewerb / Diversifizierung

Die Windenergie hatte 20 Jahre Zeit, sich zu entfalten. Sie hat das Gesicht unseres Landes dabei radikal verändert. Einspeisevorrang, Abnahmegarantie, Festpreis, baurechtliche Privilegierung, Sonderrechte bei Natur- und Artenschutz – die Rahmenbedingungen waren hervorragend.

Gleichwohl trägt die Windenergie bislang nur marginal zur Energieversorgung bei. Gleichwohl ist für ihre grundsätzlichen Probleme – die geringe Energiedichte und die Unzuverlässigkeit („Volatilität“) bislang keine realistische Lösung in Sicht.

Es ist höchste Zeit, echten Alternativen den Weg zu bereiten. Im Bundeswirtschaftsministerium und bei einem Minister, der sich gerne auf Amtsvorgänger Ludwig Erhard beruft, hoffen wir auf Zustimmung, wenn wir feststellen:

Nur der technologieoffene Wettbewerb kann uns langfristig Wohlstand, Lebens- und Umweltqualität sichern.

Die Stromerzeugung der Zukunft muss den Kriterien *Umweltverträglichkeit*, *Bezahlbarkeit* und *Verlässlichkeit* Rechnung tragen und hinsichtlich dieser Kriterien fortwährend optimiert werden. Im Wettbewerb verdrängt das Bessere das Gute. Aktuell verdrängt das deutlich Schlechtere das Passable. Unser Alternative zum Status Quo lautet daher:

- **marktwirtschaftlicher Wettbewerb in Verbindung mit**
- **technologieneutraler Ausweitung der Energieforschung bei**
- **stringentem Schutz von Mensch und Natur**

Auch in Zukunft wird eine Reihe von Technologien und Energieträgern im Einsatz sein. Welche das sein werden, kann niemand seriös vorhersagen. Wenn der Klimawandel aber an Intensität zunimmt und man das Ziel, CO₂ einzusparen ernstnimmt, so hat dies eine klare Implikation für den künftigen Energie- und Strommix: Es ist unklug, die Versorgung eines Industrielandes mit dem Lebenselixier Strom von den Launen des Wetters abhängig zu machen. Die Emanzipation vom Wetter ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Wer CO₂-Einsparung über „erneuerbare Stromerzeugung“ verfolgt, setzt ohnehin einen weitgehend untauglichen Hebel an der falschen Stelle an. Mangels Speichertechnologien und aufgrund der bekannten, physikalisch bedingten Parameter, ist die durch „Windstrom“ erzielbare „Dekarbonisierung“ gering. Zudem macht Strom nur ein knappes Viertel des Energiebedarfs aus. An anderer Stelle – bei Verkehr und Wärme – angesetzt, können gleiche Mühen erheblich mehr Wirkung erzielen: Sparsamere Fahrzeuge, effektivere Heizungen, Nutzung der Abwärme von Blockheizkraftwerken etc. seien beispielhaft genannt.

Neue Technologien, die sich potentiell vielversprechend in unterschiedlicher Ferne am Horizont abzeichnen sind – nur beispielhaft, ohne dies als Fürsprache werten zu lassen – die künstliche Photosynthese, der Dual-Fluid-Reaktor oder die Dünnschicht-Photovoltaik.

Eine vor wenigen Tagen veröffentlichte Studie des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung zeigt auf, wie unerwartet dicht der Gebäudebestand in der Deutschland ist. Hieraus erwächst die Herausforderung, den Flächenverbrauch massiv einzudämmen,

„Unsere Ergebnisse machen deutlich, wie dringlich es ist, in Deutschland mehr für den Flächenschutz und auch für die Entsiegelung von Böden zu unternehmen“

Studienleiter Martin Böhnisch

welcher der Windkraftausbau krass zuwiderläuft. Hieraus erwächst gleichsam die Chance, neuen Entwicklungen im Bereich der Solartechnik auf ökologisch wenig bedenkliche Weise „substantiell Raum“, zu geben. Grundsätzlich unterliegt die Photovoltaik zwar den gleichen Restriktionen – geringe Energiedichte und Volatilität – wie die Windkraft. Soweit der Fokus auf bestehende Gebäude gelegt wird, sind die Akzeptanzprobleme jedoch ungleich geringer. Zudem ist das Potential der Solarenergie bei weitem höher, wie aktuelle Forschungen zu Anordnung von C-Nanoröhrchen zeigen. Außerdem ist die solarthermische Nutzung von Dächern ausbaufähig. Wir regen daher an, parallel zur baurechtlichen Entprivilegierung der Windkraft, die **Solarenergie** (elektrisch und insbesondere thermisch) gebäuderechtlich bzw. städtebaulich **zu privilegieren**. Um Fehlentwicklungen vorzubeugen, wären entsprechende Privilegien auf 10 Jahre zu befristen.

Auch ein Blick ins Ausland lässt Potentiale erkennen, für deren Nutzung Deutschland dereinst gewappnet sein sollte: Für die Probleme der Kernenergie – die wir nicht kleinreden möchten! – zeichnen sich prinzipielle Lösungsansätze ab. Bill Gates ist nicht für Irrationalität und Erfolglosigkeit bekannt. Der zweitreichste Mensch der Welt investiert Millionen in die Entwicklung moderner Mini-Kernkraftwerke, die sicher sind und kaum radioaktiven Müll produzieren. Ohne den Ausstieg aus den bekannten Technologien infrage zu stellen, spricht – insbesondere aus Umweltschutzaspekten – viel dafür, der Entwertung der einstmals führenden deutschen Expertise auf diesem Feld entgegen zu wirken.

Wir plädieren daher für eine **Forschungsoffensive**:

Statt weiterhin jährlich zweistellige Milliardenbeträge (!) für die Alimentierung der Windkraftindustrie zu verschwenden, schlagen wir vor, in ähnlichem Umfang technologieoffen in die Energieforschung zu investieren.

Die zusätzlichen Mittel sollten vorrangig im Rahmen von „Challenges“ vergeben werden. Als Blaupause könnten die „Reallabore der Energiewende“ dienen, die allerdings thematisch deutlich auszuweiten wären: Ohne ideologische Scheuklappen sollten alle bekannten und noch unbekannt Formen der Energieumwandlung, -speicherung, -leitung und -nutzung von dieser Forschungsoffensive profitieren.

Die bestehenden Vorschriften zum Schutz von menschlicher Gesundheit, Natur und Artenvielfalt, Landschafts- und Denkmalschutz dürfen – im Sinne pro-aktiver Akzeptanzsicherung – in keinem Fall aufgeweicht werden.

Gesprächsteilnehmer am 5.9.2019

Eingangsstatement
Jacob Fuhrmann
jacob.fuhrmann@gegenwind-
saarland.de



VERANTWORTUNG

Matthias Elsner
vorstand@vernunftkraft-
niedersachsen.de



NATURSCHUTZ

Waltraud Plarre
Waltraud.plarre@vernunftkraft.de



GESUNDHEIT

Dr. Susanne Kirchhof
kirchhof@vernunftkraft-sh.de



FAIRNESS

Heiner Brinkmann
info@vernunftwende.de

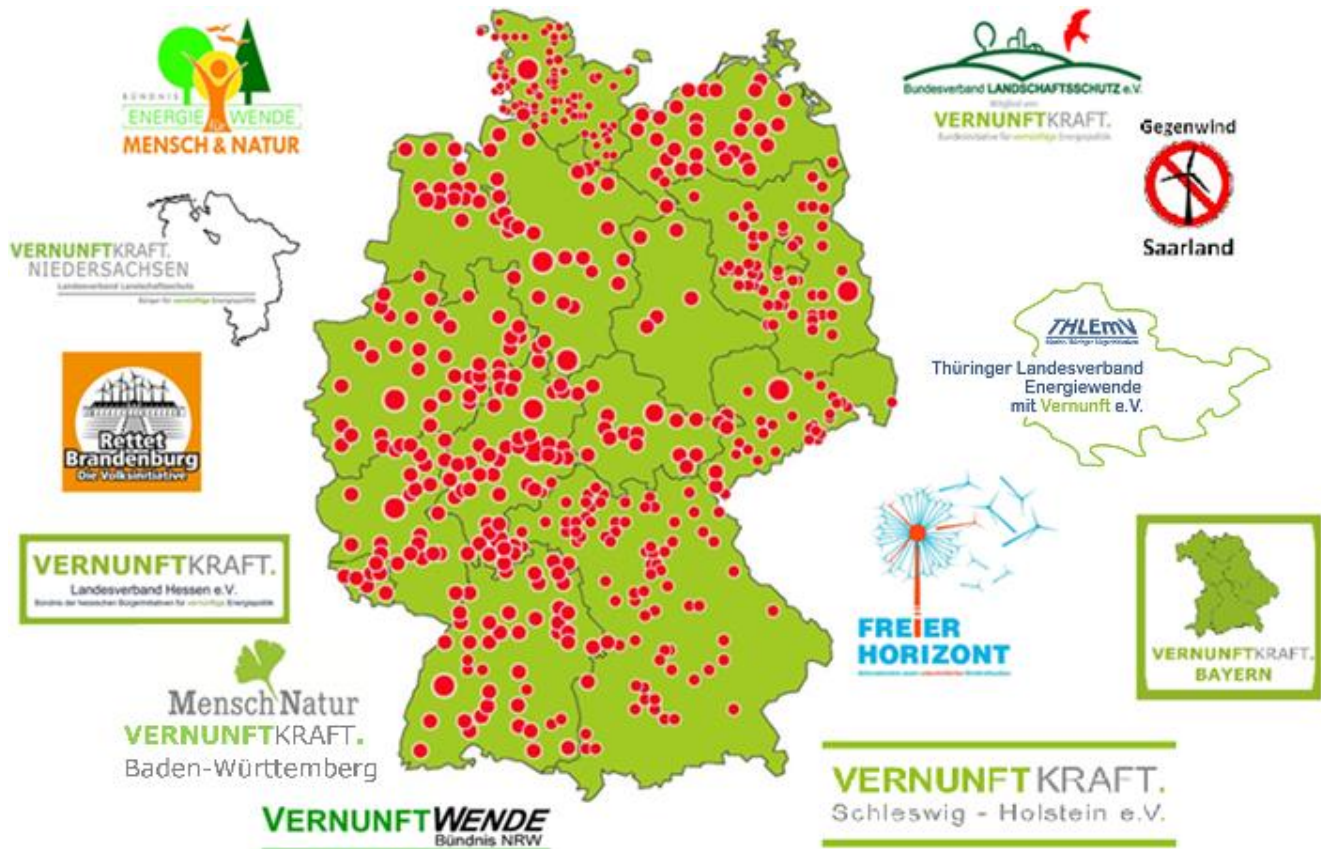


SERIOSITÄT

Dr.-Ing. Detlef Ahlborn
Detlef.ahlborn@vernunftkraft.de



Dieser Fahrplan wird von allen Landesverbänden windkraftkritischer Bürgerinitiativen mitgetragen.



ANLAGEN

Zum Themenbereich Gesundheit:

- Artikel von Professor W. Roos in der Naturwissenschaftlichen Rundschau
- Flyer der Deutschen Schutzgemeinschaft Schall (DSGS)

Zum Themenbereich Seriosität

- Aufsatz des physikalischen Instituts der Universität Heidelberg
- Flyer zum Windatlas Baden-Württemberg
- Artikel „Wieviel Strom verbraucht ein Windrad?“
- Kompendium für vernünftige Energiepolitik
- Aufsatz Rechtsanwalt Große Hündfeld/Prof. Werner Mathys zu Art. 20a GG

Dieses Dokument mit Anlagen und weiterführenden Quellen finden Sie im Internet unter www.vernunftkraft.de/fahrplan